

JAHRES-LÄNDERANALYSEN BRASILIEN, ARGENTINIEN, CHILE, URUGUAY, PARAGUAY

BRASILIEN : SCHATTENSEITEN DES ERFOLGSMODELLS

Am ersten Januar 2011 hat mit Dilma Rousseff erstmals in der Geschichte des Landes eine Frau die Präsidentschaft übernommen. Ihr erstes Jahr als Präsidentin bestätigt, was erwartet wurde: die Kontinuität der Politik der Mitte-Links-Koalition PT/PMDB/PCdoB¹. Die – erfolgreiche – Sozialpolitik wird fortgesetzt, die problematische Orientierung auf bedingungsloses Wachstum, mit desaströsen umweltpolitischen und sozialen Folgen, auch.

Dennoch gibt es einige Akzente, die bemerkenswert sind. Am Ende des ersten Amtsjahres erreichte Dilma mit 59 Prozent Zustimmung zu ihrer Politik einen Popularitätsgrad, der weit über dem ihrer Vorgänger (Fernando Henrique Cardoso kam auf 23 %, Lula auf 40 % in der ersten und 50 % in der zweiten Amtsperiode) nach dem ersten Jahr lag². Die Tatsache, dass sie in diesem ersten Jahr immerhin sieben Minister entließ³, sechs davon aufgrund von Korruptionsvorwürfen, wurde nicht als Schwäche, sondern eher als konsequentes Reagieren interpretiert und zeigt deutlich die Notwendigkeit einer grundlegenden politischen Reform – aber eben auch die Schwierigkeit, eine solche durchzusetzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens ist – trotz rückläufiger Wachstumsrate des Brutto-Inland-Produkts BIP (von 7,5 % 2011 auf 4,0 % 2012) stabil, was insbesondere angesichts der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise als Erfolg angesehen wird. Augenscheinlich hatten auch im Februar 2011 verkündete Einschnitte bei den Staatsausgaben – der ursprünglich vorgesehene Haushalt wurde um 50 Mrd. RS (ca. 21 Mrd. Euro) gekürzt⁴ – wenig Einfluss auf die Meinung der WählerInnen. Die Regierung begründete die Kürzungen mit der Notwendigkeit, trotz rückläufiger Einnahmen die Haushaltsüberschüsse

¹ PT – Partido dos Trabalhadores (Partei der Werktätigen), PMDB – Partido do Movimento Democrático Brasileiro (Partei der demokratischen brasilianischen Bewegung), PC do B – Partido Comunista do Brasil (Kommunistische Partei Brasiliens). Der Regierungskoalition gehören neben diesen drei Parteien weitere 14 kleinere Parteien an.

² Angaben des Instituts Datafolha vom Januar 2012

³ Bis zum März 2012 haben insgesamt 12 Minister die Regierung verlassen (müssen) – 6 aufgrund von Korruptionsvorwürfen, einer aufgrund kritischer Äußerungen über die Regierung, drei weitere haben anderweitige Aufgaben übernommen. In zwei Fällen erfolgte die Neubesetzung der Ministerien ohne Angabe von Gründen.

⁴ Von den Kürzungen waren – neben dem Infrastrukturprogramm PAC - nahezu alle Bereiche der Sozialausgaben betroffen: so wurden die Budgets des Wohnungsbauprogramms „Minha casa, minha vida“ um 5 Mrd. Rs, die Ausgaben für die Agrarreform um 929 Mio. Rs, Ausgaben für Bildung um 3,1 Mrd, für Gesundheit um 578 Mio. Rs gekürzt und für öffentlichen Transport um 2,3 Mrd Rs.. Weitere Kürzungen betrafen die Personalausgaben im öffentlichen Dienst sowie Ausgaben für Rentensicherung und Arbeitslosenversicherung.

stabil zu halten und die Schulden – nach Angaben der Organisation Jubileu Sul Brasil 2,837 Billionen RS - das entspricht etwa 1,2 Mrd. Euro - bedienen zu können.

Brasilien stieg 2011 zur sechstgrößten Wirtschaft auf, nach Angaben der mit dem Internationalen Währungs Fonds kooperierenden Consulting Economist Intelligence Unit könnte das Land bis 2020 alle europäischen Länder überholen. Diese aus makroökonomischer Sicht optimistische Perspektive verschweigt jedoch die Schattenseiten und Probleme. Nimmt man den Human Development Index als Erfolgsindikator, so sieht die Bilanz weniger rosig aus: hiernach befindet sich Brasilien lediglich auf Platz 84. Noch düsterer ist die Bilanz bei den Kennziffern der Ungleichheit – hier nimmt Brasilien den 7. Platz der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit ein.

Nach wie vor beruht das Wachstum der brasilianischen Wirtschaft in hohem Mass auf dem Export von Primärrohstoffen, der 2011 mit 62 % im Vergleich zu 2010 (59 %) noch zugenommen hat.⁵ Weitere 10 % der Exporte beziehen sich auf nur geringfügig verarbeitete Rohstoffe, und selbst bei hochwertigen Gütern – wie etwa Handys – übernimmt Brasilien häufig nur die Funktion der Endfertigung von importierten Teilen. An diesem Wirtschaftsmodell hat sich auch 2011 nichts geändert, eher im Gegenteil – die Industrieproduktion wuchs 2011 deutlich langsamer (nach Angaben des staatlichen Instituts IGBE um 0,5 %, alternative Quellen gehen gar von einem Negativwachstum von -0,6 % aus).

Zu den negativen Ergebnissen der Regierung im ersten Amtsjahr gehört der Stillstand bei der Landreform. Erst Ende Dezember unterzeichnete Präsidentin Dilma Rousseff die erste Freigabe von Land für die Agrarreform (zwischen 2003 und 2010 waren es im Durchschnitt 20) - 90 vorliegende Anträge wurden abgelehnt oder nicht bearbeitet⁶. Mit der Ansiedlung von nur 21.900 Familien erreichte die Regierung den schlechtesten Wert seit 1995.⁷ Die Landlosenbewegung MST organisierte im August 2011 Aktionstage für eine Landreform und verhandelte von der Regierung einige Zugeständnisse, die aber nur zäh umgesetzt wurden. Die Regierung machte für diese Situation vor allem eine schlechte Abstimmung der zuständigen Institutionen (Ministerium und INCRA) verantwortlich, seitens der Betroffenen gibt es jedoch berechtigte Zweifel am politischen Willen.

Mit der Ernennung von Pepe Vargas zum neuen Minister für ländliche Entwicklung im März 2012 verbinden die sozialen Bewegungen dennoch die Hoffnung, dass sich die Situation 2012 ändern könnte – Vargas ist für seine guten Beziehungen zur Landlosenbewegung MST bekannt.

Landkonflikte, Gewalt und Straflosigkeit

Teil des Problems der fehlenden Landreform sind die Landkonflikte, die Gewalt und die Straflosigkeit. Nach der Ermordung von fünf Angehörigen von Bauernorganisationen im Bundesstaat Pará im Mai 2011 erhielt dieses Problem kurzzeitig öffentliches und auch politisches Interesse, das aber – wie in der Vergangenheit – keine nachhaltigen Folgen hatte. Nach Angaben der zur katholischen Kirche gehörenden Landpastorale (Comissão Pastoral da Terra - CPT) wurden zwischen 1985 und 2010 im Kontext von Landkonflikten 1.580

⁵ Angaben der Folha de São Paulo vom 4.1.2012

⁶ Nach Angaben des INCA vom Dezember 2010 existieren in Brasilien 66.000 unproduktive Landgüter mit einer Gesamtfläche von 175 Mio. Ha, die laut Verfassung enteignet und für die Landreform zur Verfügung gestellt werden müssten. Dem gegenüber stehen 4 Mio Familien landloser Bauern.

⁷ Angaben der Folha de São Paulo vom 15.10.2011

Menschen ermordet. Juristisch belangt und verurteilt wurden lediglich 94 der Täter – 21 Auftraggeber und 73 „Ausführende“. Von den Auftraggebern befindet sich nur eine Person tatsächlich in Haft. Gegenwärtig werden 1.855 Personen, in der Regel Mitglieder sozialer Organisationen, nachweislich mit dem Tod bedroht.

Am deutlichsten zeigte sich die Auseinandersetzung um das bestehende Entwicklungsmodell und die Frage, welche umweltpolitischen und sozialen Kosten für „Wachstum und Fortschritt“ in Kauf zu nehmen sind, an der Debatte über die Neufassung des Waldschutzgesetzes Código Florestal. Der von Aldo Rebelo (Kommunistische Partei Brasiliens - PC do B, heute Sportminister) im Frühjahr 2011 eingebrachte Änderungsvorschlag sah unter anderem die Amnestie für Abholzungen im Amazonas, eine Lockerung der Aufforstungsaufgaben und eine Reduzierung der geschützten Gebiete vor. Dieser Vorschlag wurde lediglich von den Abgeordneten der PSOL⁸ und in Teilen der regierenden Arbeiterpartei PT zurückgewiesen. Die Präsidentin kündigte ihr Veto gegen die Amnestieklausel an. Nachfolgende Verhandlungen führten zu geringfügigen Veränderungen der im November im Senat erneut diskutierten Version, der nunmehr auch die PT und Dilma Rousseff ihre Zustimmung gaben – nur die Senatoren der PSOL stimmten dagegen. Diese Entscheidung steht im Widerspruch nicht nur zur Position von sozialen Bewegungen und Umweltorganisationen: Laut einer Umfrage des Instituts Datafolha lehnen 80 % der brasilianischen Bevölkerung die Änderungen ab. Neben diversen „traditionellen“ Protestaktionen haben einige der bekanntesten und populärsten SchauspielerInnen und Künstlerinnen, darunter auch das Modell Giselle Blumchen, ein Video produziert, mit dem zu Unterschriften gegen die Gesetzesänderung aufgerufen wurde. Obgleich die endgültige Verabschiedung des Gesetzes noch aussteht, ist nicht damit zu rechnen, dass Regierung und Parlament diese Positionen berücksichtigen werden. Sie begründen dies zum einen mit der „Verteidigung der ökonomischen Interessen von Millionen von Kleinproduzenten in der Amazonasregion, die von der Amnestieregung profitieren würden“, so Aldo Rebelo auf einem Seminar der beiden parteinahen Stiftungen Fundação Perseu Abramo (PT) und Fundação Mauricio Grabois (PC do B) im Juni 2011 in Rio de Janeiro. Tatsächlich sind von der Regelung auch Kleinproduzenten betroffen, die oftmals – im Auftrag von Latifundisten oder auf sich gestellt – Abholzungen vornehmen und das Land später weiterverkaufen. Vor allem aber profitieren von den Regelungen die großen Reis – und Rindfleischproduzenten.

Amazonas soll kein „Museum“ bleiben

Neben dem oftmals mit nationalistischen Untertönen verbundenen Argument, dass es Brasiliens souveräne Entscheidung sei, die Amazonasregion im Sinne des wirtschaftlichen Fortschritts zu erschließen und nicht „als Museum zu belassen, wie es internationale Organisationen gern hätten“, wird schließlich auch angeführt, dass es keine hinreichenden Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten gäbe und das Gesetz der Realität angepasst werden müsse. Tatsächlich aber wurden bestehende Sanktionsmöglichkeiten verringert – im Oktober wurde per Gesetz der nationalen Umweltschutzbehörde IBAMA das Recht auf Strafe im Fall von Abholzungen aberkannt, so dass nunmehr nur noch die Bundesstaaten über Sanktionsmöglichkeiten verfügen. Wie einschneidend die Folgen der bevorstehenden

⁸ Partido Socialismo e Libertade (Partei Sozialismus und Freiheit, 2004 gegründete linke Partei (Abspaltung von der PT))

Gesetzesänderung sind, zeigen die Daten über die Abholzungsraten im zweiten Semester: in der Erwartung der Amnestieregelung stieg die Abholzung allein im Oktober nach Angaben des Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais (INPE) um 52 %, alternative Quellen gehen von mehr als 70 % aus.

Am 25. April 2012 stimmte das Abgeordnetenhaus in Brasília mit 274 zu 184 für eine Novelle des Waldgesetzes, bei denen in dutzenden Punkten die im Dezember verabschiedeten Einschränkungen umweltpolitischer Gesichtspunkte noch verschärft wurden. Abgeordnete der linken PSOL, der grünen Partido Verde (PV) sowie die überwiegende Mehrheit der PT – Fraktion stimmten gegen das Gesetz. Binnen weniger Stunden schlossen sich hunderttausende einer Twitter- Kampagne an, mit der die Präsidentin aufgefordert wird, ihr Veto einzulegen. Am 25. Mai reagierte Rousseff und legte Veto gegen 12 der 32 Änderungen ein. Damit bemühe sie sich um bessere Stimmung vor der der UN-Konferenz für Umwelt und Nachhaltigkeit vom 20. bis 22. Juni, die in Rio de Janeiro stattfindet, hieß es in Kommentaren. BrasilianerInnen und Umweltschützer aus der ganzen Welt hatten indes ein Veto gegen das gesamte Gesetz gefordert.

Auch die Auseinandersetzungen um den Bau des Großstaudamms Belo Monte sind Teil der Debatte um das Entwicklungsmodell. Seit Jahrzehnten geplant und umstritten, erfolgte im Februar die Genehmigung des Baubeginns durch die IBAMA – nachdem deren Leiter Abelardo Bayma im Januar zurückgetreten war. Der bereits hinlänglich bekannte Kreislauf juristischer Auseinandersetzungen setzte erneut ein: Eine Instanz verhängt den Baustopp wegen nicht erfüllter Umweltauflagen, die nächste hebt das Urteil auf. Weder Proteste der betroffenen indigenen Völker, sozialer Organisationen, internationaler Organisationen noch der von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIADH) im April 2011 geforderte Baustopp brachten die Verantwortlichen zum Einhalten. Die Regierung lehnte ihre Teilnahme an der für den 26.10. vorgesehenen Anhörung der CIADH über Schutzmaßnahmen für die indigenen Völker am Rio Xingú ab. Außenminister Patriota bezeichnete die Empfehlungen als „vorschnell und ungerechtfertigt“.

Belo Monte mag das bekannteste und paradigmatischste Beispiel sein, ist aber kein Einzelfall, sondern Teil der Entwicklungsstrategie. Laut Regierungsplänen soll die Energieerzeugung in der Amazonasregion von gegenwärtig 10 % auf 23 % bis 2020 gesteigert werden – vorrangig durch den Ausbau von Wasserkraftwerken. Um dieses Ziel zu erreichen, wird geprüft, eine Reihe von Gesetzen außer Kraft zu setzen – etwa die Erstellung von Express- Umweltverträglichkeitsgutachten zuzulassen und die Gesetzgebung über das Management von Umweltschutzgebieten zu ändern, sowie Bergwerksvorhaben in indigenen Territorien zu genehmigen.

Fußball WM 2014 und Olympische Spiele 2016

Kontroversen lösten auch die Vorbereitungen der „Megaeventos“ aus, in erster Linie der sportlichen Großereignisse Fußball-WM und Olympische Spiele.

Im Fall der Fußball-WM stieß die FIFA auf heftige Kritik, die verlangt hatte, den in Brasilien gesetzlich untersagten Alkoholverkauf in den Stadien zuzulassen und keine günstigeren Tickets für Rentner und Einkommensschwache genehmigt hatte, wie die brasilianische Regierung gefordert hatte. Die Kompromisse wurden in der Öffentlichkeit als eher enttäuschend betrachtet. Entscheidender aber sind die mit den geplanten Infrastrukturmaßnahmen einhergehenden Probleme. So beschloss das Parlament im Juni 2011, alle mit Ausgaben für die WM in den Bundes-, Landes- und Kommunalhaushalten unter

Verschluss zu halten, die Anforderungen bei der Vergabe von öffentlichen Krediten, bei Umweltunbedenklichkeitsgutachten und Rechnungsprüfungen zu senken. Damit werden, so kritisiert der nationale Zusammenschluss von sozialen Bewegungen und Betroffenenorganisationen Articulação Nacional dos Comites Populares da Copa, Gesetze außer Kraft gesetzt, der Korruption die Türen geöffnet und die vorgeschriebenen Konsultationsmechanismen umgangen. Damit einher geht auch die Kritik, dass konstruktive Vorschläge der Betroffenen und städtischer Bewegungen zur Nutzung der öffentlichen Mittel zur langfristigen Verbesserung der Lebenssituation in den Städten, beispielsweise zum Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems, ungenutzt bleiben. Tatsächlich sind gerade in diesem Sektor erhebliche Verzögerungen zu beklagen – von 49 geplanten Projekten wurden erst 9 begonnen. Befürchtet werden „soziale Säuberungen“ – die Articulação geht von der möglichen Vertreibung von 150.000 – 170.000 Menschen aus ihren Wohngebieten aus. Diese Besorgnis wird auch von der UN- Sonderberichterstatterin Raquel Rolnik geteilt, die die brasilianische Regierung mahnte, Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 Einhalt zu gebieten.

Die – wenngleich nicht mit der Fußball-WM in Verbindung stehende – gewaltsame Räumung der Favela Pinheirinhos (Bundesstaat São Paulo) im Januar 2011 gab einen Vorgeschmack auf mögliche Perspektiven. Mit 2000 Polizisten wurde die Siedlung gewaltsam geräumt, 5.000 Menschen vertrieben. Mehrere Tote und hunderte Verletzte waren die bittere Bilanz. In mehreren Städten, so ein Bericht der RLS-Partnerorganisation FASE, kam es bereits zu unrechtmäßigen Vertreibungen oder zu Androhungen von Umsiedlungen.⁹

Diskriminierungen und Menschenrechte

Eines der Kennzeichen der Regierung Roussef ist eine größere Aufmerksamkeit beim Thema Menschenrechte, insbesondere in Bezug auf die Geschehnisse während der Militärdiktatur. So wurde im Oktober 2011 eine Wahrheitskommission zur Untersuchung und Aufarbeitung der Verletzungen der Menschenrechte 1946 – 1988 eingesetzt, die – im Unterschied zu den 1995 und 2001 eingesetzten Kommissionen – erstmals unbeschränkten Zugang zu Archiven erhält.

Auch die Bemühungen gegen Diskriminierungen aufgrund von Rasse oder geschlechtlicher Orientierung wurden fortgesetzt, wenngleich die Ergebnisse eher ernüchternd sind: der im Dezember von der Senatorin Marta Suplicy eingebrachte Gesetzesentwurf gegen Homophobie wurde zunächst heftig bekämpft und dürfte wenig Chancen auf Zustimmung haben, lenkte jedoch die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Problem. Auch die ersten Analysen der Wirkungen des im Dezember 2010 verabschiedeten Estatuto da Igualdade Racial (Statut der Rassengleichheit) betonten eher die Schwierigkeiten in der Umsetzung denn positive Ergebnisse.

Multilaterale Außenpolitik

Auf außenpolitischem Gebiet setzte Brasilien die Stärkung der lateinamerikanischen Integration, insbesondere im Rahmen von UNASUR¹⁰ und CELAC¹¹, fort.

⁹ Genannt seien an dieser Stelle Belo Horizonte (4.500 Familien) Curitiba (250 Familien), Fortaleza (3.500 Familien), Porto Alegre (4.500 Familien), São Paulo (50.000 Familien).

¹⁰ UNASUR – Unión de Naciones Suramericanas, 2006 gegründetes Staatenbündnis

Im Rahmen der UN verdeutlichte Brasilien das Bestreben, seine Rolle in der internationalen Gemeinschaft zu festigen bzw. zu erweitern, verbunden mit einem entschiedenen Eintreten für eine multilaterale Weltordnung. Nicht von ungefähr wurde im Rahmen verschiedener Treffen der BRIC-Staaten¹² versucht, eine gemeinsame Politik zu vereinbaren.

Ex-Präsident Lula äußerte sich in dieser Hinsicht im Rahmen einer Rede vor Militärangehörigen Ende Juli 2011 deutlich: „Wenn der UN-Sicherheitsrat eine ernsthafte Politik betriebe, gäbe es keine Militärintervention, sondern Verhandlungen“, und weiter: „Ich glaube, dass der Sicherheitsrat nicht die heutige internationale Geopolitik vertritt. Er ist eine Realität aus dem Jahr 1948, aber er muss die Wirklichkeit des Jahres 2011 vertreten – und das heißt, er muss sehen, was Afrika, Lateinamerika, Asien sagen.“

Diese Positionen spiegeln sich auch in der Haltung zu den Konflikten in Libyen und Syrien wider, bei denen Brasilien sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen Militäreinsätze in Libyen und Syrien einsetzte. „Brasilien hat in Bezug auf den Einsatz von Gewaltmitteln zum Schutz von Zivilisten eine differenzierte Haltung, da es den Verdacht und die Befürchtung gab, dass die Zustimmung (zum Einsatz von Gewalt) als Vorwand benutzt werden könnte, eine Position in einem Bürgerkrieg einzunehmen, während es ausschließlich den Libyern obliegt, über ihre Zukunft zu entscheiden,“ sagte Außenminister Patriota in einem Interview im August, und weiter: „Brasilien unterstützt das libyische Volk in seinen Bestrebungen nach Freiheit, Demokratie, Entwicklungschancen und institutionellem Fortschritt. Brasilien erkennt Staaten an, keine Regierungen.“

Auch die – von der brasilianischen Presse und der Opposition heftig angegriffene – Parteinahme für das Selbstbestimmungsrecht Kubas, verbunden mit Zusagen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und der dezidierten Ablehnung der einseitigen Verurteilung Kubas aufgrund von Menschenrechtsverletzungen zeigt eine unabhängige und selbstbewusste Außenpolitik. Während ihres Besuches in Kuba im Januar 2012 sagte die brasilianische Präsidentin: „Wer im Glashaus sitzt, werfe den ersten Stein. Wir in Brasilien haben unsere Probleme. Ich befürworte, über Menschenrechte aus einer multilateralen Perspektive heraus zu sprechen.“

ARGENTINIEN: DAS PROJEKT KIRCHNER GEHT IN DIE DRITTE RUNDE

Wahlen – sowohl auf Provinzebene als auf nationaler Ebene – prägten die politische Diskussion in Argentinien im Jahr 2011. Nach den Zwischenwahlen im Jahr 2009 wurde das „Projekt K“ von Néstor und Cristina Fernández Kirchner schon als beendet betrachtet, doch im Verlauf des Jahres 2010 gelang es dem „Kirchnerismo“, verlorene Positionen aufzuholen. Bereits zu Beginn des Jahres 2011 sprachen Umfragen für einen Sieg der Frente para la Victoria¹³, aber spätestens nach den Vorwahlen im August bestanden

¹¹ CELAC - Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik) – 2010 gegründetes Bündnis zur Vertiefung der Integration lateinamerikanischer und karibischer Staaten unter dezidiertem Ausschluss der USA und Kanadas

¹² Brasilien, Russland, Indien, China

¹³ Teil der Partido Justicialista, der Cristina Kirchner de Fernández als Kandidatin aufstellte

kaum noch Zweifel. Bereits im ersten Wahlgang am 23. Oktober war die Wahl entschieden: Cristina Fernández Kirchner vereinigte 54 % der Stimmen auf sich und ließ ihre Mitkonkurrenten weit hinter sich – den zweitplatzierte Hermes Binner trennten mit 17 % der Stimmen 35 Prozentpunkte. Deutlicher konnte die Zustimmung zum politischen Projekt des Kirchnerismo kaum ausfallen – und dies weist auch auf eine Ausnahmeerscheinung in der argentinischen Politik hin: keiner politische Strömung gelang es seit Beginn des 20. Jahrhunderts, drei aufeinanderfolgende Wahlen zu gewinnen, kein Kandidat erreichte ein so deutliches Ergebnis.

Erfolg auf nationaler Ebene

Neben der Tatsache, dass sowohl die rechte als auch die linke Opposition zersplittert waren und keine überzeugenden Alternativen anbieten konnten, liegen die Gründe für den Wahlsieg Cristina Kirchners vor allem in der positiven wirtschaftlichen Entwicklung, verbunden mit Sozialprogrammen, die – insbesondere nach der Krise 2001 / 2002 - in den vergangenen Jahren die Lebensbedingungen eines großen Teils der Bevölkerung verbesserten. Selbst linke kritische Stimmen wie Julio Gambina gestehen zu, dass die WählerInnen aus wirtschaftlicher Sicht keine Alternative zu Kirchner hatten. Hinzu kommen außenpolitische Initiativen, die auf breite Zustimmung stießen (Ablehnung des Freihandelsabkommens ALCA, UNASUR, klares Bekenntnis zur lateinamerikanischen Integration) und nicht zuletzt die Förderung der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur (1976 – 1984) und deren juristische Strafverfolgung.

Niederlagen auf Provinzebene

Im Gegensatz zu den Ergebnissen auf nationaler Ebene stehen hingegen Wahlniederlagen bei wichtigen Provinzwahlen – in Buenos Aires gewann der Rechtsperonist Mauricio Macri mit deutlichem Abstand, in Santa Fe der Sozialist Antonio Bonfatti, in Córdoba der (dem nicht kirchneristischen Flügel der peronistischen PJ zugehörige) Peronist José Manuel de la Sota.

Noch scheint nicht absehbar, ob Cristina Kirchner den seit 2010 eingeschlagenen Kurs der Konfrontation mit wichtigen Machtgruppen weiterführen wird¹⁴, oder eher zur bis 2009 verfolgten Politik der Kompromisse zurückkehren wird. Klar ist jedoch, dass es keine grundsätzliche Änderung des Entwicklungsmodells geben wird. Sowohl der strategische Entwicklungsplan bis 2020 (PEA) und auch der Haushalt 2012 setzen auf Erweiterung der Monokulturen, insbesondere des Sojaanbaus und des Ausbaus von Bergwerksprojekten.

Immer mehr Soja

Bereits heute umfasst die Sojaproduktion 56 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Entwicklungsplan PEA sieht vor, die Anbaufläche von gegenwärtig 33 Mio ha auf 42 Mio ha zu erweitern und die Erträge um 60 % zu steigern. Damit werden auch der Prozess der Vertreibung von LandbewohnerInnen und insbesondere die Bedrohung indigener Völker vorangetrieben. Im Dezember 2011 hat das UN-Komitee für

¹⁴ Die 2010 verabschiedeten Gesetze zum Schutz der Gletscher, zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, das Kommunikationsgesetz und die Nationalisierung der Pensionsfonds nahmen die Forderungen sozialer Bewegungen auf und stabilisierten die Allianz des Kirchnerismo mit diesen Sektoren, stiessen aber auf erhebliche Ablehnung seitens der rechten Opposition und Unternehmergruppen.

wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte den argentinischen Staat der Verletzung der Verfassung – insbesondere in Hinblick auf die Landrechte indigener Völker – angeklagt: „Das Komitee ist besorgt über die ständigen Bedrohungen, die Umsiedlungen und gewaltsamen Vertreibungen indigener Völker von ihren traditionellen Territorien ... und beklagt die Mängel bei den vorgeschriebenen Konsultationsprozessen.“

Proteste von Gemeinden in den Provinzen Jujuy, Chubut, La Rioja, Catamarca und Río Negro gegen Bergwerksvorhaben machen deutlich, dass das auf Extraktivismus setzende Entwicklungsmodell nicht unumstritten ist. Sowohl offene Repression, als auch strafrechtliche Verfolgung der AktivistInnen trafen auf Protest: es gab landesweit Solidaritätsbekundungen, der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel setzte sich in einem offenen Brief an die Präsidentin für ein Ende der Gewalt und die Prozesse gegen AktivistInnen ein.

Welche Industrieproduktion?

Obgleich die Industrieproduktion in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen ist, bleibt fraglich, ob dies zumindest als Versuch angesehen werden kann, dass auf Primärrohstoffexport beruhende Wirtschaftsmodell zu durchbrechen. Das Wachstum ist zu einem großen Teil der Automobilindustrie geschuldet: hier handelt es sich vorrangig um Zulieferungen für den Export. Nach Studien von FISYP ist der Anteil der in Argentinien produzierten Teile niedriger als je zu vor in der Geschichte. Neben der grundsätzlichen Überlegung zur Nachhaltigkeit der Automobilindustrie ist auch auf diesem Sektor die extreme Abhängigkeit von der Nachfrage auf dem Weltmarkt unübersehbar. Ebenfalls problematisch sind die Arbeitsbedingungen: nach Angaben der Gewerkschaft CTA entsprechen weniger als 50 % der Arbeitsplätze grundlegenden Normen. Auch offizielle Stellen wie das nationale Institut für Statistik geben an, dass 36 % der Erwerbstätigen nicht offiziell registriert sind.

Am 3. Mai 2012 verkündete Christina Kirchner die Renationalisierung des in den 90er Jahren privatisierten Erdölkonzerns YPF (Yacimientos Petrolíferos Fiscales). Im Rahmen des „Gesetzes über die Souveränität über Wasser und fossile Rohstoffe“ (Ley de soberanía hidrocarbúrica) enteignet die Regierung den spanischen Konzern Repsol, der 57,43 % der Aktienanteile hielt. Die Entscheidung wurde in Argentinien mit Begeisterung aufgenommen – ironischerweise stimmte selbst Ex-Präsident Carlos Menem, der Initiator der Privatisierung, dafür. Begründet wurde sie mit dem Niedergang der Erdölförderung und ausgebliebenen Investitionen sowie der Tatsache, dass ca. 90 % der Gewinne ins Ausland transferiert wurden. Erstmals seit 17 Jahren musste Argentinien im Jahr 2011 Erdöl importieren. Die empörte Reaktion seitens der spanischen Regierung und der EU war nicht überraschend. Es gilt jedoch als unwahrscheinlich, dass Argentinien möglichen Entschädigungsforderungen des Konzerns nachkommt – selbst wenn das Land nach Jahre dauernden gerichtlichen Auseinandersetzungen dazu verurteilt werden sollte.

Ob das Gesetz jedoch tatsächlich der erste Schritt zu einer Politik der Energiesouveränität bedeutet, oder eher eine Maßnahme zur Sicherung des Staatshaushaltes darstellt, bleibt abzuwarten. Zum einen umfasst die „Verstaatlichung“ von YPF lediglich 51 % der Aktien, ein bedeutender Teil (25 %) verbleibt in den Händen der Petersen-Gruppe des argentinischen Unternehmers Eskenazi.

Verstaatlichung des Erdölkonzerns?

Geplant ist also nicht die Wiederherstellung eines Staatsunternehmens, sondern die Beibehaltung einer Aktiengesellschaft, in der die nationale Regierung und die Provinzregierungen der erdölfördernden Provinzen die Aktienmehrheit halten. „Ich denke, wir laufen Gefahr Illusionen zu unterliegen, wenn wir glauben, dass eine derartige Unternehmensform tatsächlich zur Wiedererlangung der Souveränität über die Erdölvorkommen beitragen kann, denn privates Kapital wird immer die unmittelbaren Gewinninteressen vor das Gemeinwohl stellen“, urteilt der Ökonom Claudio Katz. Auch aus Gewerkschaftskreisen werden weitergehende Forderungen laut. José Rigane, Sekretär der Gewerkschaft der im Energiesektor Tätigen (Federación de Trabajadores de la Energía de la República Argentina - FeTERA-CTA): „Wir brauchen ein Unternehmen, das zu 100% in staatlicher Hand ist, und dessen Führung vergesellschaftet wird – bei der die Werktätigen Mitsprache- und Entscheidungsrecht haben.“ Hinzu kommt, dass YPF lediglich 30 % der Erdölproduktion des Landes kontrolliert – die verbleibenden 70 % werden von dem neuen Gesetz nicht angetastet und verbleiben in der Hand transnationaler Konzerne wie Pan American Energy, Chevron oder Petrobras, die gemeinsam mit Total Austral auch große Teile der Erdgasförderung kontrollieren.

Vor allem aber bedeutet eine – zumindest teilweise – Verstaatlichung keine Abkehr vom auf der Ausbeutung von Naturressourcen beruhenden Entwicklungsmodell. „Mit dem Projekt wird die Wiederherstellung der Selbstversorgung des Landes mit Energie angestrebt, und die Mehrheit hält das für gut. Ich frage mich allerdings – selbst wenn dies gelingt, wer wird diese Energie nutzen? Brauchen wir wirklich die Menge an Autos, die es in Argentinien gibt? Müssen wir weiter Autos produzieren, statt Eisenbahnen? Muss Argentinien tatsächlich all die Mengen an Erdöl für eine auf die Ausweitung der Sojaproduktion orientierte Landwirtschaft einsetzen, oder sollten wir nicht eher auf die Stärkung der familiären Landwirtschaft, der kommunitären Produktion von Nahrungsmitteln, auf Ernährungssouveränität setzen?“ fragt Julio Gambina.

Soziale Auseinandersetzungen in mehreren Teilen des Landes – im Juli in Ledesma, Provinz Jujuy, im Dezember in der Provinz Santa Cruz, und die Ermordung von Cristián Ferreira, Aktivist der Bauernbewegung MOCASE im November 2011, haben die gesellschaftliche Diskussion über die Rechte von sozial oder politisch ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen – Jugendliche aus armen Stadtteilen, Indigene, MigrantInnen – verstärkt.

Am 22. Dezember 2011 verabschiedete das Parlament ein neues Antiterrorismusgesetz (bereits 2005 wurden zwei derartige Gesetze beschlossen, ein weiteres 2007). Hintergrund war die Forderung internationaler Finanzorganisationen und des GAFI (Grupo de Acción Financiera Internacional), dass Argentinien Maßnahmen gegen die Finanzierung des internationalen Terrorismus ergreifen müsse, wenn es seinen Platz innerhalb der G20 behalten wolle. Das Gesetz, so die Menschenrechtsorganisation Red Latina sin Fronteras, „ermöglicht die Anwendung von Höchststrafen gegenüber allen Organisationen oder Personen, die staatliche Politik, das Handeln ausländischer Regierungen oder internationaler Organisationen in Frage stellen oder sich ihnen widersetzen. Damit ist staatlicher Repression Tür und Tor geöffnet.“

Selbst eng mit der Regierung Kirchner verbundene Sektoren der Menschenrechtsbewegung wandten sich in einem offenen Brief an die Abgeordneten der Frente para la Victoria mit der Forderung, gegen das Gesetz zu stimmen – allerdings vergeblich.

Die Repression und die Verhaftung von Aktivistinnen bei Protesten gegen Bergwerksprojekte in den Provinzen La Rioja, Tucumán und Catamarca Ende 2011 / Anfang 2012 bestätigen die Befürchtungen sozialer Bewegungen, dass das Gesetz die Kriminalisierung sozialer Proteste verschärfen wird.

Im Februar 2012 rief die UAC (Unión de Asambleas Ciudadanas – Zusammenschluss von Umwelt- und Territorialorganisationen) zu einer Protestkundgebung gegen das Gesetz auf, an der sich Tausende beteiligten.

CHILE: CHANCEN FÜR EINEN NEUBEGINN?

Chile hat in den vergangenen Monaten die in der Region interessantesten Veränderungen durchlebt. Die massiven Proteste gegen das Staudammprojekt Hidroaysén im Mai 2011 und die Protestaktionen der Studierenden gehen nach Einschätzung vieler politischen Beobachter weit über die Verteidigung von spezifischen Rechten hinaus und stellen das politische System, aber auch das neoliberale Entwicklungsmodell in Frage. Im „Musterland des Neoliberalismus“ wurden die gegensätzlichen Positionen klar ausgesprochen: Präsident Piñera bekräftigte am 19. Juli, dass „Bildung ein Konsumgut“ sei – die Studentenbewegung fordert, unterstützt von 80% der Bevölkerung, die Anerkennung der Bildung als ein Menschenrecht.

Die Protestaktionen gewannen innerhalb weniger Wochen eine hohe Eigendynamik: die Zahl der Teilnehmenden an Protestaktionen wuchs von einige Zehntausenden im Mai und Juni auf mehrere Hunderttausend im August.

Diskreditierte Parteien

Die chilenische Gesellschaft und vor allem die traditionellen politischen Akteure – Parteien und Gewerkschaften – waren zunächst von den massiven Mobilisierungen überrascht und hatten einige Mühe, mit der Entwicklung Schritt zu halten. Álvaro Cuadra von der Universität ARCIS kommentiert: „Der Fall der Studenten ist paradigmatisch in dieser Hinsicht, aber er ist nicht einzigartig. Wir stellen fest – ob nun zum Guten oder zum Schlechten – dass der Großteil der Mobilisierungen auf Unabhängigkeit besteht. Das heißt, dass die Rolle der politischen Parteien, die Forderungen der BürgerInnen zu vertreten, verzichtbar geworden ist. Dieses Phänomen hat seine Grundlage in einem hohen Grad der Diskreditierung einer politischen Klasse, die als unfähig, korrupt und demagogisch betrachtet wird.“

Der Journalist Paul Valder von der kritischen Wochenzeitschrift Punto Final stellt sich der Frage, die vor allem in der ersten Jahreshälfte im Raum stand: „Warum ist das (die spontanen und massenhaften Proteste) mit Hidroaysén passiert, und warum jetzt? Weder bei dem Projekt Pasua Lama, noch bei den Kraftwerksplänen in Alto Bio Bio, noch bei der Genehmigung des Wärmekraftwerks Castilla in Atacama kam es zu nennenswerten Protesten. Wir können sagen, dass sich der Unmut unter der Bevölkerung über willkürliche und widerrechtliche Entscheidungen sowohl der Regierungen als auch des Privatsektors angesammelt hat und schließlich explodiert ist. Aber möglicherweise führt uns die Analyse der Informationsquellen der protestierenden BürgerInnen weiter, die letztlich den seit Jahrzehnten vom „establishment“ geführten hegemonialen Diskurs in Frage stellten.(...) Dieses Phänomen hat etwas zu tun mit der historisch einmaligen Aneignung von Kommunikationsnetzen, wie es Bertolt Brecht erträumte, aber auch mit der Aneignung und Neuerfindung der politischen Aktion, die kollektive Subjekte hervorbringt.“

Gefordert: Neue Grundlagen der Politik

Insbesondere den gut organisierten Studierendenbewegungen gelang es jedoch relativ schnell, breite Teile der Gesellschaft und zunehmend auch die „klassischen“ Akteure einzubeziehen.

Der von der Gewerkschaftszentrale CUT in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von sozialen Organisationen, Umweltbewegungen, Menschenrechtsbewegungen, Nachbarschaftsvereinigungen, Lehrer- und Studentenbewegungen für den 24. und 25. August ausgerufene „Bürgerschaftliche Nationalstreik“ (Paro Nacional Ciudadano) machte die Transversalität der verschiedenen sektoralen Forderungen deutlich. Die aufrufenden Organisationen verabschiedeten eine gemeinsame „nationale Übereinkunft für soziale Demokratie in Chile“, mit folgenden Hauptforderungen:

- Eine neue politische Verfassung und ein sofortiges nationales Plebiszit über das Bildungssystem¹⁵
- Eine neue Wirtschaftspolitik und eine sofortige Steuerreform
- Kontrolle des Staates über die nationalen Reichtümer, die deren nachhaltige, den Umweltschutz respektierende Nutzung garantiert
- Eine neue Arbeitsrechtsgesetzgebung
- Beendigung der Konzentration der Massenmedien
- Einhaltung der internationalen Verträge über Menschenrechte, Annullierung der Antiterrorismusgesetze und Beendigung der Kriminalisierung der sozialen Bewegungen
- Staatliche Politik, die Gesundheit, Bildung, Wohnraum und Löhne als unantastbare Rechte verfassungsmäßig für alle Chilenen sichert

Auch die Parteien der oppositionellen Concertación unterstützen zunehmend die Forderungen der sozialen Bewegungen und widersetzten sich dem Bestreben des Präsidenten, im Namen der „nationalen Einheit“ Beschlüsse mitzutragen, die im Widerspruch zu den Forderungen vor allem der Studierendenbewegung stehen, wie etwa der Haushaltsplan 2012, der nur kosmetische Änderungen im Bildungsbereich aufwies.

Trotz des anhaltenden Wirtschaftswachstums bestehen die sozialen Probleme und vor allem die soziale Ungleichheit weiter. Zwar wurden nach offiziellen Angaben in den vergangenen 21 Monaten 580.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, mehr als die Hälfte davon sind jedoch auf „selbständiger Basis“. Die Gewerkschaften bezeichnen 95% der neugeschaffenen Arbeitsplätze als prekär und weisen darauf hin, dass nur 39 % der Beschäftigten über sichere Arbeitsplätze verfügen.

Unter diesen Umständen ist es wenig überraschend, dass 8 von 10 ChilenInnen angeben, dass die Arbeitsrechte in Chile nicht eingehalten werden und dass sie ständig Angst vor Entlassungen erleiden.¹⁶ Ebenso viele bezeichnen diese Angst als den Hauptgrund des geringen gewerkschaftlichen

¹⁵ Die Durchführung eines Plebiszits ist in Chile nur möglich, wenn der Präsident und zwei Drittel der Abgeordneten dem zustimmen.

¹⁶ Studie der Universidad Técnica Federico Santa María und der Zeitung Cooperativa

Organisationsgrades, obgleich 65 % der Befragten die Gewerkschaften als entscheidend für die Verteidigung der Rechte der Arbeitenden ansehen.

Die Unfähigkeit der Regierung, auf die sozialen Probleme konstruktive Antworten zu geben, ihre fehlende Dialogbereitschaft und die massiven Repressionen¹⁷ führten im Verlauf des Jahres zu einer immer deutlicheren Delegitimierung, an der auch die Absetzung von zwei Ministern (für Bildung und für Landwirtschaft) nichts änderte. Nach Angaben des Forschungsinstituts Centro de Estudios Públicos (CEP) haben im Dezember 2011 nur noch 23 % der Befragten die Regierung unterstützt, 69 % bekundeten, Piñera nicht zu vertrauen, und gar 72 % waren der Meinung, der Präsident verfüge nicht über das Geschick und die Fähigkeiten, die Probleme des Landes zu lösen.¹⁸

Reden über Reformen

Aber auch das Vertrauen in die Opposition – die „Concertación“, ein Bündnis aus Mitte-Links-Parteien – ist weiter gefallen. Nur 23 % der Befragten glauben, dass diese Kraft in der Lage wäre, eine bessere Politik zu machen. Eine Folge dieser nunmehr offen zu Tage tretenden tiefen Krise des politischen Systems in Chile sind Ansätze zu einer politischen Reform. Die Forderungen nach einer Neufassung der Verfassung wurden erstmals über kleinere Gruppen hinaus gesellschaftspolitisch bedeutend. Auch auf Seiten der Regierung und der politischen Parteien wurden zögerliche Schritte unternommen. So führte Präsident Piñera im Januar 2012 mit allen Präsidenten, die zwischen 1990 und 2010 das Land regierten, Gespräche über eine mögliche Reform des binomalen Wahlrechts und kündigte im Anschluss Reformen „zur Perfektionierung unserer Demokratie“ an. Die Forderung nach einer Änderung des Wahlsystems wird nach Umfragen von CEP von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung unterstützt, selbst Teile der Regierungskoalition (Coalición por el Cambio) sprechen sich dafür aus. Von Seiten des wichtigsten Koalitionspartners, der rechten Unión Demócrata Independiente (UDI), kam jedoch sofort deutliche Ablehnung. „Was die Regierung entscheiden muss, und es wäre gut, wenn sie das irgendwann sagen könnte, ist, ob sie mit der Coalición regieren will, oder mit der Concertación“, so Senator Jovino Novoa. Im Klartext: bei einer Änderung des Wahlsystems würde die UDI die Regierung verlassen.

Immerhin hat der Senat im Januar die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die einen neuen Verfassungstext ausarbeiten soll, der dann im Rahmen eines Plebiszits abgestimmt werden soll. Soziale Bewegungen reagieren auf diesen Vorschlag mit Skepsis. „Es ist fraglich, ob Partizipation der BürgerInnen ernsthaft möglich ist ohne einen verfassungsgebenden Prozess, der ihnen das die Möglichkeit gibt, die bestehenden Probleme und Fragen zu diskutieren und zu entscheiden. Die beste Form, eine breite und tiefgreifende Beteiligung des Volkes zu garantieren, ist eine Verfassungsgebende Versammlung,“ meint Katia Molina von ICAL.

Zu den wenigen positiven Ergebnissen der Regierungspolitik des Jahres 2011 zählt die Einführung des automatischen, aber freiwilligen Wahlrechts. In der Vergangenheit konnte man sich mit Vollendung des 18. Lebensjahres auf freiwilliger Basis in das Wahlregister einschreiben, dann allerdings war die Teilnahme an den Wahlen obligatorisch. Damit haben mehr als 4 Millionen ChilenInnen, in ihrer Mehrheit zwischen 18

¹⁷ So wurden beispielsweise im Verlauf des Generalstreiks ein Jugendlicher getötet, hunderte Menschen verletzt und mehr als 1.300 Personen festgenommen.

¹⁸ Zum Vergleich: Im Dezember 2010 lag die Ablehnungsquote noch bei nur 35%

und 34 Jahren, die bislang nicht im Wahlregister eingeschrieben waren, nunmehr das Wahlrecht – ob sie es nutzen wird, ist allerdings offen.

URUGUAY: KONTINUITÄT UND KOOPERATION VERDECKEN GESELLSCHAFTLICHE KONFLIKTE

Die Regierung José Mujicas ist seit zwei Jahren im Amt, und die im ersten Jahr begonnene „Politik der nationalen Einheit“ wurde auch 2011 fortgeführt. Zu Themen wie Bergbau und Staatsreform wurden Kommissionen eingesetzt, in denen alle im Parlament vertretenen Parteien mitarbeiten, wichtige Ämter sind mit Vertretern der Oppositionsparteien besetzt. Die Soziologin und Abgeordnete Constanza Moreira betrachtet diese von der Regierung als historische Errungenschaft proklamierte Politik wesentlich skeptischer: „Die Ergebnisse dieser Politik sind für die Regierung gerade in den wichtigsten Bereichen, Bildung und innere Sicherheit, keineswegs positiv, denn gerade hier wird sie von der Opposition massiv angegriffen, während die im Wahlprogramm verkündeten Ziele und Veränderungen kaum vorankommen.“

Eine wichtige Rolle in der politischen Diskussion spielte die Frage der Annullierung des Gesetzes über die Straffreiheit der Verbrechen während der Militärdiktatur (Ley de Caducidad). Nach dem Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofes im März 2011, der dieses Gesetz als nicht vereinbar mit den internationalen Konventionen betrachtet, stand die Regierung unter Handlungsdruck. Die Kontroversen innerhalb des regierenden Parteienbündnisses Frente Amplio (FA), die sich bereits 2009/10 in der Frage des Plebiszits über dieses Gesetz gezeigt hatten, brachen offen auf. Trotz der Entscheidung der Frente Amplio für die Annullierung des Gesetzes vertraten sowohl der Präsident Mujica, als auch weitere führende Persönlichkeiten wie Fernando Huidobro das Gegenteil und bekundeten ihr Missfallen, sich diesem Beschluss auch bei der Abstimmung im Parlament zu beugen. Bei der Abstimmung am 20. Mai enthielt sich der FA-Abgeordnete Victor Semproni der Stimme, so dass die Annullierung nicht zustande kam (die Frente Amplio verfügt über 50 von 99 Stimmen). Die Enttäuschung und Wut der Menschenrechtsorganisationen, aber auch hunderttausender BürgerInnen, die noch am Vorabend der Abstimmung auf einem Schweigemarsch für die Annullierung demonstriert hatten, war groß. Innerhalb der FA stand erneut die Frage des Verhältnisses zwischen FA und Regierung auf der Tagesordnung. Erst im zweiten Anlauf, am 27. Oktober – vier Tage vor Ablauf der Verjährungsfrist – wurde das Gesetz schließlich verabschiedet, und in wenigen Tagen wurden hunderte von Klagen eingereicht.

Mehr Symbol als Wandel

Als – wenngleich zögerliche – Schritte in Richtung von progressiven Veränderungen lassen sich zwei weitere Gesetzesinitiativen betrachten. Das Gesetz zur Besteuerung von Großgrundbesitz ist eher ein Kompromiss, da die Besteuerung (4 Dollar pro Hektar) von Landbesitz über 1.000 Hektar als symbolisch betrachtet werden muss und zudem die Einnahmen für Infrastrukturverbesserungen im Straßenbau eingesetzt werden müssen, also letztlich den Großgrundbesitzern wieder zu Gute kommen. Dennoch gilt es als „eine Botschaft, dass eine Agrarreform in einem so konservativen Land möglich ist“.

Eher als Botschaft denn als Initiativen, die tatsächliche Macht- und Einkommensverhältnisse oder Lebens- und Arbeitsbedingungen verändern, sieht man auch die Gesetze über den Mindestlohn und Achtstundentag für LandarbeiterInnen und die Veränderung bei der Vermögenssteuer an. Erneut auf den Weg gebracht, aber noch nicht endgültig entschieden wurde auch das von Tabaré Vázquez mit einem Veto belegte Gesetz über die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wies Uruguay auch 2011 mit 5,5 % ein beachtliches Wirtschaftswachstum auf, wobei sowohl die Abhängigkeit vom Export von Primärrohstoffen als auch die Abwertung des Dollar und die Unsicherheiten der Entwicklung des Euro für die Zukunft als reale Gefahren angesehen werden. Zudem stellt sich auch in Uruguay die Frage nach der Verteilung des Reichtums: nach Angaben des Instituto Duarte (zum Gewerkschaftsverband PIT-CNT gehörend) ist der Anteil der Löhne und Gehälter am BIP relativ gesunken und liegt nach wie vor deutlich unter den Werten vor der Krise 2002.

Die Bestrebungen, unter dem Stichwort „Diversifizierung der Wirtschaft“ sowohl weitere Zellulosefabriken anzusiedeln, als auch ein Bergbauprojekt in die Wege zu leiten, führten zu erheblichen Diskussionen über das erstrebenswerte Entwicklungsmodell. Die im Parlament vertretenen Parteien verabschiedeten – ganz im Stile der „Politik der nationalen Einheit“ – ein gemeinsames Dokument zu Großbergbauprojekten, in dem die Verteilung der Gewinne an erster Stelle stand und mögliche soziale und ökologische Folgen an zweiter. Grundsätzliche Zweifel an der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit solcher Projekte wurden im Parlament nicht laut. Demgegenüber steht die „Bewegung für ein nachhaltiges Uruguay“, ein Zusammenschluss von Umwelt – und sozialen Organisationen, die dieses Entwicklungsmodell ablehnt, da es die Abhängigkeit vom Export von Primärrohstoffen verstärkt und nicht zu rechtfertigende ökologischen Folgen mit einer weiteren Konzentration des Reichtums verbindet. Zwischen Oktober und Dezember wurde auf Initiative der Universidad de la República ein „Juicio Ciudadano sobre mega minería“ durchgeführt, bei dem internationale Erfahrungen diskutiert und Forderungen nach Umsetzung eines Entwicklungsmodells, das sich nicht an Unternehmensinteressen, sondern an sozialen und ökologischen Kriterien orientiert, aufgestellt wurden.

PARAGUAY: MIT AGROBUSINESS IN DIE ARMUT

Drei Jahre nach der Amtsübernahme der Regierung Lugo bleibt die politische Situation in Paraguay schwierig und instabil. Die Möglichkeiten der Regierung, strukturelle Reformen anzugehen, waren von Beginn an begrenzt: Sie verfügt defacto über keinerlei legislative Macht, da das Parlament in den Händen der Opposition ist. Dennoch sind soziale Bewegungen und große Teile der Basis Lugos enttäuscht: statt erwarteter Fortschritte wird mit Sorge eine verstärkte Militarisierung des Landes, verbunden mit Repressionen und Kriminalisierung von sozialen Protesten, beobachtet. Gesetze, die von eben diesen sozialen Bewegungen unter den vorangegangenen Regierungen verhindert wurden (Antiterrorgesetze, Erleichterungen beim Einsatz von Pflanzengiften und genmanipuliertem Saatgut) wurden unter Lugo verabschiedet.

Dieser eher pessimistischen Einschätzung stehen zumindest drei positive Elemente gegenüber, die einen entscheidenden Unterschied zu den früheren Regierungen markieren: der kostenlose Zugang zu öffentlichen Gesundheitseinrichtungen (auch wenn diese, insbesondere im ländlichen Raum, weder qualitativ noch quantitativ ausreichen), die Sozialprogramme, von denen 90.000 Familien begünstigt werden, und die Neuverhandlung des Vertrags über das Wasserkraftwerk Itaipú mit Brasilien.

Sozialere Politik vor den Wahlen

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2013 werfen bereits jetzt ihren Schatten voraus. Nach Einschätzung der Partnerorganisation BASE – IS hat es 2011 einen gewissen Wandel in der Regierungspolitik gegeben, hin zu Entscheidungen, die den Erwartungen der Wählerschaft entsprechen. Dafür sprechen zum einen die personellen Veränderungen: so wurde der Innenminister, der – nicht zuletzt mit Unterstützung kolumbianischer Berater – die Repression von sozialen Bewegungen zu verantworten hatte, abgelöst, wie auch der eine neoliberale Politik befürwortende Minister für Infrastruktur. Der neue Außenminister, Jorge Lara Castro, steht für eine auf regionale Integration gerichtete Politik. Der Wechsel in der Leitung des INDERT – zuständig für die Agrarreform – gab einen entscheidenden Impuls für die Untersuchung unrechtmäßig vergebener Landtitel. Die makroökonomischen Kennziffern sind weiterhin positiv, wenngleich im Vergleich zu 2010 weniger spektakulär. Das Wirtschaftswachstum betrug 5,7 %. Betrachtet man jedoch die Sozialindikatoren, zeigt sich deutlich, dass diese positive Entwicklung nur einer kleinen Gruppe zu Gute kommt: gleichzeitig stieg auch die extreme Armut von 18% auf 20 %¹⁹, und die soziale Ungleichheit verstärkte sich. In der Rangfolge des UN-Entwicklungsprogramms veröffentlichten Human Development Index rutschte Paraguay von Platz 96 auf Platz 107. Einer der wesentlichen Gründe dieser Situation ist das Wirtschaftsmodell. „Das Modell des Agrobusiness zerstört Beschäftigungsmöglichkeiten, sowohl auf dem Land als auch in den Städten. Mehr als eine Million Paraguayer und Paraguayerinnen leben in extremer Armut – in einem Land, das gegenwärtig der weltweit viertgrößte Exporteur von Soja und der sechstgrößte Exporteur von Fleisch ist. Die Rekordergebnisse beim Export haben eine zunehmende Verknappung des Binnenmarktes zur Folge, so sank der Fleischkonsum von 70 kg pro Person auf 30 kg pro Person, “ schätzt die Juristin Milena Pereira Fukuoka ein.

Die Regierung hat die Absicht, im Verlauf des Jahres 2012 dem Parlament ein Gesetz zur Ernährungssicherheit vorzulegen. Geplant ist die Verteilung von Saatgut an 210.000 Familien. Es ist jedoch zu befürchten, dass diese Initiative – wie in den vergangenen Jahren eine Reihe von Gesetzesentwürfen zur Verbesserung der Situation der ärmsten Teile der Bevölkerung – vom Parlament blockiert wird. Ein weiteres Vorhaben der Regierung ist auf die Produktion, Wiedergewinnung und Verteilung von traditionellem Saatgut gerichtet.

Eine weitere Ursache der sozialen Ungleichheit ist das bestehende Steuersystem. Alle Versuche der Regierung, die Versteuerung der Einkünfte gerechter zu regeln, wurden vom Parlament zurückgewiesen: die Einführung einer Einkommenssteuer, die Besteuerung der Soja- und Fleischexporte, die Änderung der Regelung zur Immobiliensteuer. „Der Staat kann seine Pflicht zur Umverteilung nicht erfüllen“, urteilt die Wirtschaftswissenschaftlerin Marielle Palau, Mitarbeiterin der RLS-Partnerorganisation BASE-IS.

Trotz dieses schwierigen Kontextes lassen sich zwei positive Entwicklungen hervorheben: zum einen hat das brasilianische Parlament den bereits 2008 zwischen den Präsidenten Lugo und Lula ausgehandelten neuen Vertrag über das binationale Wasserkraftwerk Itaipú bestätigt. Damit erhält Paraguay jährlich 200 Millionen Dollar zusätzlich für den Verkauf seines Anteils der produzierten Energie an Brasilien, über deren Verwendung das Parlament bestimmt.

¹⁹ Angaben der Dirección General de Estadística, Encuestas y Censo (DGEEC)

Zum anderen hat das Instituto Nacional de Desarrollo Rural y de la Tierra (INDERT) auf Initiative der Regierung begonnen, ungerechtfertigte Landtitel, in ihrer Mehrheit während der Strössnerdiktatur vergeben, zu prüfen und diese Flächen zur Durchführung der Bodenreform zurückzugewinnen. Dabei handelt es sich um insgesamt 9 Millionen Hektar – 22,5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Diese Maßnahme stößt auf den entschiedenen Widerstand der Unternehmerverbände, der Massenmedien und der konservativen Parteien, vor allem der PPO (Partido Patria Querida) und der ANR (Asociación Nacional Republicana), wird aber von den sozialen Organisationen begrüßt. Diese schlossen sich zur "Coordinadora por la recuperación de las tierras malhabidas" zusammen. "Diese Koordination, in der sowohl Bauernorganisationen, soziale Bewegungen aus den Städten und politische Organisationen vertreten sind, kann sich zu einem wichtigen Akteur entwickeln, um die Regierung zu Fortschritten im Bereich der Landreform zu zwingen, und wahrscheinlich wird sie auch eine wichtige Rolle im Rahmen der Wahlkämpfe spielen," schätzt Marielle Palau ein.

Weitere Militarisierung

Weiterhin besorgniserregend sind die Tendenzen zu Militarisierung und Kriminalisierung der sozialen Bewegungen. Cristina Coronel und Abel Irala von der Menschenrechtsorganisation SERPAJ (ebenfalls Partnerorganisation der RLS) charakterisieren diese Entwicklung folgendermaßen: „Der Prozess der ideologischen Verfolgung, der Kriminalisierung sozialer Kämpfe, bei dem der Justizapparat, der Innenminister und die Massenmedien gewaltsame Hausdurchsuchungen, Vertreibungen, Einschüchterung von Aktivistinnen und FührerInnen sozialer Bewegungen, Repression von Demonstrationen, Stigmatisierung von sozialen Organisationen als kriminell, Bestechungen und Denunzianten einsetzen, führt dazu, dass es für soziale und Volksbewegungen immer schwieriger wird, zusammen zu arbeiten, er führt zu Misstrauen untereinander und schürt Angst. Kämpfe für die eigenen Rechte gegen das bestehende System werden gebremst, die Kriminalisierung wird immer stärker, die Verhaftung von führenden Persönlichkeiten immer häufiger, und es fehlt an gegenseitiger Solidarität und Verteidigung unter den Volksorganisationen.“

Am 10. Oktober wurde – wie bereits 2010 – für die Departamentos San Pedro und Concepción für 40 Tage der Ausnahmezustand erklärt, ebenfalls wie 2010 war die Bekämpfung der mutmaßlichen Guerrillagruppe EPP (Ejército del Pueblo Paraguayo) die Begründung. Eine internationale Beobachtergruppe, der mehrere Partnerorganisationen der RLS angehörten, konstatierte in ihrem Abschlussbericht im Dezember 2011 eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen in Folge des Militäreinsatzes und bekräftigte die Position der paraguayischen sozialen Bewegungen: Die Probleme in San Pedro und Concepción sind nicht der Terrorismus oder der EPP, sondern die soziale Ungleichheit.

Auf der Seite der positiven Entwicklungen hingegen steht die Zulassung des Wahlrechts für im Ausland lebende ParaguayerInnen – immerhin 12 % der Bevölkerung. Auf Initiative der Frente Guazú, einem Zusammenschluss von 19 Parteien und Bewegungen, wurde im Oktober 2011 ein Referendum durchgeführt, bei dem sich 78 % für die erforderliche Verfassungsänderung aussprachen. Für die Demokratieentwicklung ist bedeutsam, dass erstmals die verfassungsmäßig seit 1992 zugelassene Möglichkeit eines Referendums genutzt wurde – und mit 120.000 Unterschriften das Vierfache des nötigen Quorums zur Durchführung eines Referendums erreicht wurde.

Wie schwach demokratische Strukturen andererseits ausgeprägt sind, zeigte sich an der Beteiligung, die bei lediglich 13 % der Berechtigten lag. Unzureichende Information über das Referendum, insgesamt geringes staatsbürgerliches Bewusstsein und mangelndes politisches Interesse sind einige Erklärungen.

Kathrin Buhl